

1 **Beschluss**

2

3 **des Landesausschusses der CDU Schleswig-Holstein vom 5. Juni 2015**

4 Dieser Beschluss dient als inhaltliche Anregung für die Erarbeitung des Landtagswahlprogramms 2017.

5

6 ***Volkspartei CDU – Wir für morgen!***

7

8 **I. Zukunft der Volkspartei CDU**

9 Die CDU Schleswig-Holstein bekräftigt das Ziel, die CDU als moderne Volkspartei zu gestalten.

10 Dafür wird die CDU Schleswig-Holstein ihr politisches Profil schärfen. Sie wird deutlich sagen,
11 wofür sie steht. Dies betrifft die Kernbotschaften, aber auch Aussagen zu einzelnen
12 Themenfeldern.

13 Die CDU Schleswig-Holstein ist eine Volkspartei, die den Menschen aller Generationen in
14 Schleswig-Holstein eine politische und gesellschaftliche Heimat bietet. Im ländlichen Raum oder in
15 der Stadt sollen sie Möglichkeiten vorfinden, sich einzubringen und direkt mitzuwirken.
16 Gemeinsam mit unseren CDU-Mitgliedern und anderen Interessierten wollen wir bürgernah
17 Diskussionen über die programmatische Ausrichtung unserer Partei führen. Dabei werden wir auch
18 neue Beteiligungsprozesse anbieten und nutzen, um uns schlagkräftig mit den politischen
19 Mitbewerbern auseinander zu setzen. Die CDU bekennt sich zur repräsentativen Demokratie. Sie
20 steht zum Verantwortungsprinzip gewählter Volksvertreter auf allen politischen Ebenen.

21 Die CDU Schleswig-Holstein ist dem Grundsatz der Generationengerechtigkeit verpflichtet. Die
22 bevorstehenden gesellschaftlichen Veränderungen durch den demographischen Wandel stellen
23 Schleswig-Holstein vor große Herausforderungen. Die CDU Schleswig-Holstein wird daher eine
24 nachhaltige und generationengerechte Politik bei der Erstellung aller zukünftigen Wahl- und
25 Regierungsprogramme berücksichtigen.

26

27 *a. Selbstverständnis und Grundwerte*

28 Die CDU Schleswig-Holstein hat den Anspruch, im Selbstverständnis einer lebendigen,
29 offenen Volkspartei zu arbeiten und das Ziel, bei der Landtagswahl 2017 die Koalition aus
30 SPD, Grünen und SSW abzulösen, um Schleswig-Holstein besser zu regieren.

31 Die CDU kann nur als Volkspartei der Mitte Erfolg haben. Sie muss dabei aber auch sehr
32 intensiv beachten und beobachten, was sich außerhalb dieses Bereiches tut. Das
33 Wählerpotential von Grünen, Piraten, AfD und der Linken liegt in etwa bei 20 - 25 Prozent,
34 vielleicht auf Dauer noch höher. Unzufriedenheit mit der CDU in Schleswig-Holstein kommt
35 weniger der SPD als offenbar kleinen Parteien zugute oder führt zur Nichtteilnahme bei
36 Wahlen.

37 Die Säulen der CDU sind sowohl die Wirtschafts- wie die Sozialpolitik. Nur beide zusammen
38 machen den Charakter als Volkspartei nachhaltig erkennbar. Mit den Aussagen
39 konkurrierender Parteien muss sich die CDU politisch auseinandersetzen. Und dies nicht nur
40 bei traditionell als CDU-Themen angesehenen Politikbereichen wie der Wirtschafts- und
41 Verkehrspolitik. Es ist politische Aufgabe, durch argumentative Auseinandersetzung
42 Wählerinnen und Wähler zurückzugewinnen, die sich in der Vergangenheit anderen Parteien
43 zugewandt haben.

44 Die CDU muss wieder mehr über Werte sprechen und danach handeln. Eine Gesellschaft
45 bedarf Werten und Normen. Politische Entscheidungen und politisches Handeln sind daran zu
46 orientieren. Unverzichtbare Leitlinien sind:

- 47 - Das Wohlergehen des einzelnen Menschen als Individuum steht im Mittelpunkt
- 48 - Toleranz gegenüber unterschiedlichen Meinungen und Lebensweisen auf Basis unseres
49 gemeinsamen Wertefundaments
- 50 - Gerechtigkeit geht vor Gleichheit
- 51 - Kapital und Arbeit müssen in einen Gleichklang gebracht werden.

52 Gerade eigentlich „treue“ CDU-Mitglieder und -Wähler vermissen dies teilweise. Die
53 Mitgliederverluste liegen nicht nur im demografischen Faktor begründet, sondern haben auch
54 andere Ursachen. Dazu zählt, dass Positionen der CDU unzufriedenen Mitgliedern als
55 „beliebig“ erscheinen. Die CDU muss in der Parteilarbeit und in der öffentlichen Darstellung
56 dem entgegenwirken. Deshalb unterstützt die CDU Schleswig-Holstein z.B. die Volksinitiative
57 für den Gottesbezug in der Schleswig-Holsteinischen Landesverfassung.

58 Die CDU in Schleswig-Holstein muss sich stärker den Problemen vor Ort und der
59 Lebensrealität der Bürger stellen. Dies gilt besonders für Städte oder Stadtteile, aber auch in
60 nicht wenigen ländlichen Bereichen. Auch dort verändern sich Einwohnerstrukturen, auch dort
61 muss die CDU es schaffen, Gesprächspartner möglichst vieler Bürger zu sein. Das
62 Miteinander, das Füreinander wird immer wichtiger. Dazu zählen zum Beispiel auch Probleme,
63 die unsere ausländischen Mitbürger und deren Kinder haben.

64 Arbeitskreise und Kommissionen zu den Themen und Problemen der Städte haben in den
65 letzten Jahren nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt. Dies gehört aber zu einer
66 sachverhaltsehrlichen Analyse, wenn sie Ausgangslage für Verbesserungen sein soll. Die
67 Veranstaltungsreihe "Stadtgespräch" zu städtischen Themen mit fünf Veranstaltungen bis zur
68 Landtagswahl 2017 verfolgt eine andere Vorgehensweise und bringt interessante
69 Gesprächspartner aus der Union mit Vertretern von Vereinen und Verbänden, Bürgerinnen
70 und Bürgern aus den Städten zusammen.

71 2012 verzeichnete die CDU Schleswig-Holstein mit 30,8 Prozent ihr schlechtestes
72 Landtagswahlergebnis seit 1950. Von 1.000 Wahlberechtigten wählten 186 CDU. Bei der
73 Europawahl im Mai 2014 musste die CDU Schleswig-Holstein ein Minus von 3,5 % gegenüber
74 der Wahl von vor fünf Jahren verbuchen. Zwar liegt das Ergebnis im Bundestrend, es zeigt aber
75 auch, dass es bislang nicht gelungen ist, der Wähler-Akzeptanz der CDU in Schleswig-Holstein
76 eine Wende zu geben. Dabei zeigen die Wahlergebnisse der Kommunalwahl und der
77 Bundestagswahl 2013 mit 38,9 % bzw. 39,2 %, dass bessere CDU-Ergebnisse in Schleswig-
78 Holstein sehr wohl möglich sind. Diese wollen wir auch bei der Landtagswahl 2017 erreichen.

79 Die CDU Schleswig-Holstein ist sich bewusst, dass dies zu erreichen nicht einfach ist und es
80 erheblicher Anstrengungen wie auch Veränderungen bei sich selbst bedarf.

81

82 *b. Parteiarbeit und Diskussionskultur*

83 Der CDU-Landesverband muss seine Organisations- und Aufbaustruktur sowie seine
84 Finanzierung weiterentwickeln. Die Kommunikationswege müssen entsprechend der zur
85 Verfügung stehenden neuen Medien optimiert werden. Hierzu müssen die Geschäftsstellen
86 entsprechend ausgestattet und dürfen nicht nur „Verwaltungszentrale“ der Partei sein. Die
87 Qualifikation und Ausbildung des hauptamtlichen Personals muss eine besondere
88 Berücksichtigung finden. Optimierung der Organisationsstruktur bleibt Daueraufgabe der
89 Partei. Das Thema wird u.a. im Abschlussbericht der Projektgruppe Kampagnenfähigkeit
90 behandelt.

91 Die CDU muss weiterhin den Anspruch haben, ehrenamtliche und hauptamtliche Ämter zu
92 bekleiden. Dazu brauchen wir gute Rahmenbedingungen, die es den Mitgliedern leichter
93 machen, Verantwortung zu übernehmen. Hierbei wollen wir die gute Zusammenarbeit der
94 Vereinigungen mit der Mutterpartei fördern.

95 Seit langem sinkt die Zahl der CDU-Mitglieder kontinuierlich - um durchschnittlich etwa 1.000
96 netto pro Jahr. Sie liegt inzwischen bei rund 21.000. Dies ist nahezu eine Halbierung seit den
97 Jahren mit den höchsten Mitgliederzahlen der CDU Schleswig-Holstein vor knapp 30 Jahren.
98 Hält die Entwicklung weiter an, muss eingeschätzt werden, dass in 10 Jahren weniger als 10
99 000 Mitglieder der CDU Schleswig-Holstein angehören. Mitgliederwerbung muss eine höhere
100 Bedeutung auf allen Ebenen der Partei bekommen. Dazu wird auch der "Tag der
101 Ortsverbände" einen Schwerpunkt bilden.

102 In Kenntnis des gestiegenen Durchschnittsalters der CDU-Parteimitglieder und der sinkenden
103 Mitgliederzahlen muss unsere Aufgabe sein, die eigenen Wählergruppen und Sympathisanten
104 anzusprechen, einzubinden und als Mitglieder zu gewinnen - aus allen gesellschaftlichen
105 Bereichen und allen Generationen. Hierbei sollte inhaltlich der Fokus im Besonderen auf
106 jüngere Menschen, Familien und auf Frauen gerichtet werden. Um jedoch für diese Zielgruppe
107 attraktiver und wählbarer zu werden, muss die CDU passende Antworten auf deren besondere
108 Fragen und Bedürfnisse bieten. Hierzu gehören gute Rahmenbedingungen in der Arbeitswelt
109 und in der Daseinsvorsorge.

110 Zum Kern-Charakter einer Volkspartei gehört das Ringen um politische Positionen. Beschlüsse
111 werden in einer Partei - jedenfalls auf Dauer - intensiver und geschlossener getragen und
112 umgesetzt, wenn diese nicht von oben „verordnet“, sondern erarbeitet werden. Dies muss in
113 einer offenen und fairen Diskussionskultur geschehen, die zumindest in wesentlichen Fragen
114 eine breite Meinungsbildung beinhaltet und wirklich für unterschiedliche Diskussionsbeiträge,
115 Ansätze und Ideen offen ist. Eine Partei, die nicht mehr ausreichend diskutiert, stärkt sich
116 nicht, sondern schwächt sich auf Dauer. Die CDU Schleswig-Holstein muss eine diskutierende,
117 um gemeinsame Positionen ringende und dann handelnde Partei sein. Der CDU-
118 Landesvorstand muss mehr politisch-inhaltlich diskutieren. Er trägt in seiner Gesamtheit
119 Führungsverantwortung.

120 Zur Landtagswahl 2009 wurde das Wahlprogramm noch nicht einmal auf einem
121 Landesparteitag beschlossen. Auch 2012 fand eine wirklich breite und intensive Diskussion im

122 Vorfeld des Husumer Landesparteitages nicht statt. Die nicht selten geäußerte Bemerkung,
123 Programme würden ja ohnehin kaum gelesen, mag nicht immer falsch gewesen sein. Die
124 Zeiten haben sich jedoch geändert. Die Zahl der Stammwähler sinkt, die Bereitschaft von
125 Wählern, bei Wahlen unterschiedlich abzustimmen, steigt. Der Prozess der
126 Programmberatung zur Landtagswahl 2017 wird die Zielsetzung einer breiten, bürgernahen
127 Diskussion aufnehmen.

128

129 c. *Demokratie und Parlament*

130 Politik und Parlamente sollen interessant für die Bürger sein, die diese vertreten. Daher sollte
131 regelmäßig überprüft werden, ob Regelwerke und Abläufe im Politikbetrieb verbessert werden
132 können. Dabei sind der CDU Schleswig-Holstein unter anderen die folgenden Punkte wichtig:

133 Politisches Handeln bedarf der Transparenz, weil dies sonst zu Lasten der Glaubwürdigkeit
134 geht. Möglichen Interessenskollisionen ist zu begegnen. Nach einem Regierungsamt sollte
135 angelehnt an die Regelungen auf Bundesebene eine Karenzzeit von einem Jahr eingehalten
136 werden, um mögliche Interessenkonflikte zu vermeiden.

137 Beiträge im Landtag sind in der Regel frei, also anhand von Stichwort-Zetteln, zu halten.
138 Heute ist es häufig so, dass sie abgelesen werden. Dies sorgt für Langeweile.

139 Zwischen den jeweils dreitägigen Plenarberatungen sollte eine eintägige Plenarsitzung
140 stattfinden. Der Landtag wäre aktueller, er wäre attraktiver.

141 Auf der Tagesordnung stehende Punkte sollten in der dafür vorgesehenen Sitzung
142 abgearbeitet werden. Das „Schieben“ führt zu Frust und Aktualitäts-Verlusten.

143 Berichte der Landesregierung sind häufig informativ und ansprechend, aber auch sehr lang.
144 Viele Bürger bekommen davon kaum oder wenig Kenntnis. Durch eine Kurzfassung würde
145 dieses erleichtert.

146 Eine Partei darf auch Interessen vertreten. Einzelinteressen dürfen aber nicht vor der
147 Gesamtverantwortung stehen. Hier sollte die CDU Maßstäbe setzen.

148

149 **II. Die CDU – modern und konservativ**

150 Die CDU Schleswig-Holstein ist eine lebendige und diskutierende Partei. Deshalb geht der
151 Beschlussfassung des Landtagswahlprogramms eine anderthalbjährige Arbeits- und
152 Diskussionsphase voraus, die mit dem Einsetzen der Programmkommission im März 2015
153 begonnen hat.

154 Ohne diesem Diskussionsprozess vorzugreifen, hält die CDU Schleswig-Holstein es für wichtig,
155 dass im Rahmen der Arbeit der Programmkommission über die Positionierung der Partei in den
156 folgenden Bereichen debattiert wird:

157

158 1) **LEBEN, LERNEN UND ARBEITEN IN SCHLESWIG-HOLSTEIN**

159 Die CDU Schleswig-Holstein ist eine Volkspartei, die den demographischen Wandel mit all
160 seinen Herausforderungen erfolgreich bewältigen will. Schleswig-Holsteiner jeden Alters

161 müssen in angemessener Nähe alle Leistungen vorfinden, die sie für ein lebenswertes Leben
162 benötigen.

163 Insgesamt werden wir in unserem Land weniger Menschen, aber einen immer größer
164 werdenden Teil an älteren Menschen haben. Zusätzlich haben wir in unserem Bundesland
165 regional unterschiedliche Entwicklungen.

166 Unser Ziel ist es, Menschen in allen Regionen des Landes Heimat und Zukunft zu geben.
167 Arbeiten und Leben soll in Städten und Dörfern gleichermaßen möglich sein. Dies bedarf der
168 Differenzierung. Wir erkennen die unterschiedlichen Bedürfnisse im städtischen und ländlichen
169 Bereich. Wir sind uns bewusst, dass wir verschiedene, auf diese Heterogenität eingehende
170 Wege gehen müssen.

171 Es wird eine Herausforderung für die Kommunen sein, diese Angebote an allen Orten im Land
172 darzustellen. Wir als Union nehmen diese Herausforderung an. Eine verbesserte
173 Zusammenarbeit zwischen den Kommunen wird dazu notwendig sein. Wir können diese
174 Aufgabe nur gemeinsam meistern und auch nur gemeinsam die Chancen nutzen, die sich aus
175 dem demografischen Wandel ergeben.

176 Das Soziale muss in der CDU Schleswig-Holstein deutlich erkennbar werden. Eine offensive
177 Positionierung ist angezeigt - ob bei Kinder- und Altersarmut, Pflege oder den Problemen, die
178 Menschen in Not oder mit geringen Einkünften haben. Die soziale Balance in einer Gesellschaft
179 ist Grundlage für Gerechtigkeit und sozialen Frieden. Wer in Not ist, darf deshalb nicht neben
180 der Gesellschaft stehen. Die CDA der CDU Schleswig-Holstein wird dazu im engen Austausch
181 mit der MIT weitere Inhalte für die Landtagswahl ausarbeiten und einer breiten Öffentlichkeit
182 zum Diskurs stellen. Dies würde die CDU Schleswig-Holstein wahrnehmbar breiter in der
183 Kompetenz „aufstellen“.

184 Vielen Menschen geht es gut. Bei anderen gibt es Verunsicherungen und Sorgen - um den
185 Arbeitsplatz, um die wirklich Schwachen, um das Leben im Alter, um die Absicherung
186 gesundheitlicher Risiken.

187 Rund 100.000 Menschen sind in Schleswig-Holstein von privater Insolvenz betroffen. Jedes
188 7. Kind erlebt sein Heranwachsen unter Armutsbedingungen. Sie bedürfen der besonderen
189 Aufmerksamkeit, Begleitung und Unterstützung.

190 Alle Menschen sollen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Staatliche Hilfe erfolgt
191 dort, wo die eigene Leistungsfähigkeit für ein menschenwürdiges Leben nicht reicht. Soziale
192 Leistungen unterliegen aber auch dem Gebot eigenverantwortlichen Handelns, wo dies möglich
193 ist und zumutbar gefordert werden kann.

194

195 *a. Familie*

196 Eltern tragen Verantwortung für ihre Kinder. Kinder sind uns wichtig - weil wir sie lieben, aber
197 auch, weil unsere Zukunft mit von ihnen abhängt.

198 Wo Kindeswohl in Gefahr ist, sind alle gefordert, mit wachen Blicken und ggf. durch staatliche
199 Intervention bzw. Beauftragte tätig zu werden. Seelischen und körperlichen Verletzungen von
200 Kindern ist von Anfang an energisch zu begegnen.

201 Förderung und Fürsorge für Kinder und Jugendliche ist Elternrecht und -pflicht, erfordert aber
202 auch die Unterstützung von Erziehern, Lehrkräften, Bildungsträgern, Land, Kreisen, Städten und
203 Gemeinden. Sie muss vom Kindergarten bis zur Ausbildung oder zum Studium einbezogen
204 werden.

205 Gute Startchancen für alle Kinder sind keine Wohltätigkeit des Staates, sondern ein Gebot der
206 Gerechtigkeit.

207 Die Familie muss wieder Taktgeber des Lebens sein. Ihre Bedürfnisse und Notwendigkeiten sind
208 den Erfordernissen der Arbeitswelt nicht nachgeordnet. In Zusammenarbeit mit der Wirtschaft
209 sollte die Kinderbetreuung z.B. durch mehr Betriebskindergärten ausgebaut werden und
210 Öffnungszeiten von Kindergärten und Ganztagsangebote in Schulen bestmöglich auch auf die
211 Bedürfnisse der Eltern und der Arbeitswelt abgestimmt sein.

212 Jüngere Menschen wollen zunehmend nicht nur Karriere, sondern auch persönliche
213 Zufriedenheit und Lebensverwirklichung. Unbefristete Verträge im Arbeitsleben und berufliche
214 Sicherheiten sind auch deshalb wichtig, um in die Familienphase eintreten zu können.
215 Elternzeiten dürfen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keine beruflichen Nachteile mit
216 sich bringen. Wir wollen junge Familien stärken und sie ermuntern, Eltern zu sein. ·Die
217 Wiederbeschäftigung von Müttern und die Erwerbstätigkeit von Frauen sollte gefördert
218 werden. Der Wert von Erziehungsleistungen der Eltern sollte auch Anerkennung von
219 Gesellschaft und Staat erhalten. Die gerechtere Ausgestaltung der Mütterrente und das
220 Betreuungsgeld tragen einen Teil dazu bei.

221

222 *b. Gesundheit und Pflege*

223 Die CDU stellt sich auch im Gesundheitswesen den Herausforderungen, die der
224 demographische Wandel in der gesamten Bevölkerung erzeugt. Sie erkennt, dass dieser Wandel
225 sowohl die Bürger als auch die Versicherer und alle Gesundheitsberufe betrifft, egal ob
226 präventiv, kurativ oder pflegerisch tätig.

227 Die CDU Schleswig-Holstein bekennt sich klar zur dualen Krankenversicherung. Sie wird auf der
228 Grundlage der sozialen Marktwirtschaft für eine gerechte Wettbewerbsordnung für das
229 gesamte Versorgungssystem sorgen, mit eindeutig gesetzlich formulierten Gesundheits- und
230 Versorgungszielen.

231 Ziel ist es, durch geeignete Maßnahmen jedem Bürger in Schleswig-Holstein eine sichere
232 Kranken- und Pflegeversorgung auch in Zeiten des demographischen Wandels zu ermöglichen.

233 Die CDU Schleswig-Holstein bekennt sich zu einer bedarfsgerechten und effizienten
234 Krankenhausversorgung im Land. Basierend auf einer umfassenden Bedarfsanalyse soll eine gut
235 durchdachte Vernetzung Redundanzen vermeiden, um so die drohende dramatische personelle
236 und sachliche Überforderung abzuwenden.

237 Die CDU Schleswig-Holstein will auch in Zukunft die gute flächendeckende
238 Gesundheitsversorgung auf dem Land erhalten. Sie bekennt sich auch deshalb klar zur
239 Freiberuflichkeit als Grundlage heilberuflicher Tätigkeit. Gerade Schleswig-Holstein braucht die
240 Unabhängigkeit und Stabilität kleinerer mittelständischer Einheiten.

241 Die CDU Schleswig Holstein setzt sich für eine klar strukturierte Arzneimittelversorgung ein.
242 Neue, lebensrettende und innovative Medikamente sollen nutzenentsprechend und
243 wirtschaftlich zum Einsatz kommen.

244 Die CDU will die Potentiale elektronischer Vernetzung im Gesundheitswesen durch Angebote
245 im Land fördern. Die sich wandelnden digitalen Lebenswelten versteht die CDU Schleswig-
246 Holstein als Chance für mehr Prävention und Gesundheit, nicht nur im ländlichen Bereich.

247 Unsere Gesellschaft muss sich intensiver mit der Pflege auseinandersetzen. Nicht immer
248 werden Bedeutung, Notwendigkeit und Wert hinreichend gewürdigt.

249 Das Thema geht uns aber alle an und berührt früher oder später einen großen Teil der
250 Bevölkerung. Pflege ist und bleibt ein Thema in Generationenverantwortung. Sie ist und bleibt
251 aber auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

252 Zur Generationenverantwortung gehört auch, sich um Eltern zu kümmern und ggf. einen
253 Beitrag zur Pflege zu leisten. Die Arbeitswelt muss Familienangehörigen auch tatsächlich
254 zeitlich und finanziell die Möglichkeiten eröffnen, Pflege leisten zu können. Es bedarf weiterer
255 Hilfen für Pflegebedürftige und deren Angehörige. Die Bundesregierung hat mit ihren
256 Beschlüssen zu Pflegeverbesserungen ab 2015 einen guten Schritt vollzogen

257 Altersdemenz steigt deutlich an. Deren besondere Anforderungen bedürfen einer
258 entsprechenden Berücksichtigung auf der Leistungsseite. Neue Wohnformen zwischen
259 ambulant und stationär müssen entwickelt und gefördert werden. Die CDU Schleswig-Holstein
260 unterstützt die CDU-Initiative, durch einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff die Bedürfnisse
261 der Betroffenen besser abzubilden.

262 Prävention und Rehabilitation benötigen eine breite Unterstützung und Förderung.

263 Ältere Menschen sollten möglichst lange in ihrem vertrauten Wohnbereich leben können,
264 sofern sie dies wünschen. Im Wohnungsbau sollten Wohnformen, die dies ermöglichen, stärker
265 gefördert werden. Insgesamt sollte eine Förderung und Stärkung häuslicher Pflege stattfinden.

266 Um eine höchstmögliche Qualität in der Pflege zu erreichen, müssen die Pflegeberufe
267 weiterentwickelt und attraktiver gemacht werden. Gute Pflegekräfte können in der Regel nur
268 gewonnen und in ihrem Beruf gehalten werden, wenn eine gute Entlohnung erfolgt.
269 Pflegebetreuung erfordert qualifizierte Kräfte. Die Quote ausgebildeter Fachkräfte sollte höher
270 als 50 % sein.

271 Aber auch Menschen, die vor allem durch Zuwendung und praktische Fähigkeiten ihre Eignung
272 für die Pflege unter Beweis gestellt haben, muss der Zugang zu dem Beruf offen stehen.

273 Die Zahl der Ausbildungsplätze in der Pflege muss bedarfsgerecht sein. Daran müssen sich die
274 Förderungen orientieren. Pflegeausbildung muss den gleichen Stellenwert wie andere
275 Ausbildungsberufe haben.

276

277 *c. Bildung*
278 *(1) Schulbildung*

279 In Bildungsfragen muss die CDU wieder die Meinungsführerschaft im Land gewinnen. Die CDU
280 Schleswig-Holstein hat ihre bildungspolitischen Positionen im Beschluss „Schulpolitik vom Kind
281 her gedacht“ dargelegt. Im Rahmen der Programmarbeit wird dieser Beschluss aktualisiert

282 werden. Das Be- und Umsetzen von Begriffen wie „Bildungsqualität“, „Chancen“ und „Sozialer
283 Aufstieg“ ist gerade in diesem Bereich von politischer Wichtigkeit. Die aktive Mitarbeit
284 innerhalb der Eltern- und Lehrerschaft wird angeregt.

285 Wesentlicher Kern der Fortentwicklung unserer Gesellschaft ist die Aus- und Fortbildung aller
286 Menschen. Die Inhalte der Bildungspolitik haben sich an den ständig ändernden Bedingungen in
287 unserer globalen Welt auszurichten.

288 Eine gute Bildung ist meist die Basis beruflicher Entwicklung. Investitionen in Bildung sind
289 Zukunftsinvestitionen. Bildung darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängen. Gerade in
290 einem rohstoffarmen Land wie Schleswig-Holstein ist Bildung von herausragender Bedeutung.

291 Die Schulrealität erfordert, den Planstellenabbau weniger weitreichend vorzunehmen. Eine
292 ehrliche Analyse des Stundenausfalls ist notwendig - die viel gepriesene Statistik, nach der
293 unter 3% der Unterrichtsstunden ausfallen, ist nicht die Realität.

294 Jedes Kind in unserem Land verdient hierbei die besten Startchancen, um sich und seine
295 Fähigkeiten bestmöglich entwickeln zu können. Wir wollen jedes Kind entsprechend seiner
296 Möglichkeiten fördern und fordern.

297 Wir setzen uns weiter dafür ein, dass das Bildungsniveau in Deutschland angehoben,
298 angeglichen wird und insbesondere Prüfungen bundeseinheitlichen Standard erhalten. Die
299 Förderung des dualen Bildungssystems steht im Blickpunkt. Bildung muss auf das Leben
300 vorbereiten, da Bildung auch als Basis der Lebensverwirklichung anzusehen ist.

301 Wir benötigen differenzierte vielfältige und durchlässige Schulangebote, die den Fähigkeiten
302 und dem Leistungsvermögen der Schülerinnen und Schüler am besten entgegenkommen. Die
303 an sie gestellten Herausforderungen müssen sich darin widerspiegeln. Die rot-grüne
304 Einheitsschule ist ein Irrweg.

305 Im Grundschulbereich ist Ortsnähe besonders wichtig. Wir werden die Schließung kleiner
306 Schulen nicht nur kritisch hinterfragen, sondern ggf. auch rückgängig machen.

307 Wir stehen zur Zukunft des Gymnasiums und leistungsstarker Schulen zur Vorbereitung auf das
308 Berufsleben. Sie eröffnen den Menschen vielfältige Berufs- und Lebenswege.

309 Schulen in freier Trägerschaft sind keine Konkurrenz zu staatlichen Schulen, sondern eine
310 Bereicherung des Bildungsangebots in unserem Land. Wir werden uns auch in Zukunft für
311 die Förderung und Unterstützung der Schulen in freier Trägerschaft einsetzen.

312 Wer die Schule verlässt, sollte die Grundfertigkeiten, die ein Beruf erfordert, erlernt haben.
313 Erziehung kann nicht allein Sache der KITAS, der Schulen und der Lehrer sein.

314 Die Idee der Inklusion kann von den Schulen nur dann umgesetzt werden, wenn die Gesellschaft
315 bereit ist, Inklusion auch zu bezahlen. Das bedeutet, dass die Differenzierungsstunden, die z. T.
316 gekürzt worden sind, unbedingt an die Schulen zurückgegeben werden müssen. Verbindliche
317 Doppelbesetzungen für Integrationsklassen müssen gewährleistet sein, sonst gibt es nur
318 Verlierer - die Schwachen und die Starken, denen die Lehrkraft nicht gerecht werden kann. Das
319 Inklusionskonzept greift diese Positionierung auf. Es wird laufend durch Initiativen der
320 Landtagsfraktion umgesetzt.

321 Sozial- und Gesundheitslehre sollte ein fester Bestandteil des Schulunterrichts sein. Im
322 Kindesalter beginnende soziale und gesundheitliche Defizite sind vielfach häufig die Ursache
323 für daraus resultierende Probleme im Sozial- und Lernverhalten.

324 (2) Hochschulbildung

325 Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich für die Novellierung des aktuellen Hochschulgesetzes
326 ein und strebt nach einem Hochschulfreiheitgesetz, das auf Eigenverantwortung und
327 Selbständigkeit der Hochschulen beruht.

328 Dabei soll jede Hochschule ihr Forschungs- und Lehrprofil frei und eigenverantwortlich
329 entwickeln können und im ständigen Austausch mit den anderen Hochschulen dieses Landes
330 stehen. Hochschulkooperationen mit der schleswig-holsteinischen Wirtschaft sind zu fördern,
331 um den akademischen Nachwuchs im Land auch langfristig zu binden.

332 Die akute Unterfinanzierung der Hochschulen, die durch steigende Studierendenzahlen in den
333 kommenden Jahren weiter verschärft wird, muss gestoppt werden. Dabei ist eine langfristige
334 Planungssicherheit durch Zielvereinbarungen zwischen den Hochschulen und dem Land zu
335 gewährleisten.

336 Die schleswig-holsteinische Hochschullandschaft gilt es zu erhalten. Der Aufbau von weiteren
337 Doppelstrukturen ist abzulehnen.

338

339 d. Grundversorgung

340 Im Bereich der Grundversorgung ist es Aufgabe der Politik, sicherzustellen, dass die
341 Grundversorgung mit allen notwendigen Gütern wie Strom, Wasser, Gas, ÖPNV und
342 Müllentsorgung gegeben ist.

343 Wir als CDU Schleswig-Holstein lassen uns dabei vom Grundsatz leiten, dass die
344 Leistungserbringung unabhängig von der jeweiligen Form der Versorgung auch wirtschaftlichen
345 Gesichtspunkten zu folgen hat.

346 Die Menschen in unserem Land müssen sich darauf verlassen können, dass sie zu vertretbaren
347 Preisen mit Strom, Wasser, Gas und den Dienstleistungen des ÖPNV versorgt werden.

348 Im ländlichen Raum sollte eine seniorengerechte Infrastruktur vorgehalten werden.

349 Im Wohnungsbau wird immer deutlicher, dass sozial und frei finanzierter Wohnungsbau unter
350 vergleichbaren Rahmenbedingungen immer weniger differieren. Dies auch, weil die
351 Nebenkosten ein für Mieter wie Vermieter immer wichtigerer Faktor geworden sind.
352 Hinsichtlich der Bereitstellung öffentlicher Mittel sind daraus Folgerungen zu ziehen.

353

354 e. Arbeit

355 Arbeitgeber und Arbeitnehmer tragen gemeinsam zum wirtschaftlichen Wachstum bei. Soziale
356 Marktwirtschaft ist auch Sozialpartnerschaft und Soziale Balance.

357 Die Teilhabe möglichst aller Arbeitswilligen und Arbeitsfähigen am Arbeitsleben ist von
358 besonderer Bedeutung für eine gerechte und funktionierende Gesellschaft.

359 Die möglichst enge räumliche Nähe von Familie, Arbeit und Freizeit bleibt ein familien-,
360 arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitisches Ziel.

361 Die optimale Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Sicherheit des Arbeitsplatzes, der bereits
362 vorhandene bzw. sich abzeichnende Fachkräftemangel, die Folgen der demographischen
363 Entwicklung und die Wertschätzung von Arbeit sind bestimmende Handlungsfelder.

364 Wir setzen uns für die Reduzierung von befristeten Beschäftigungsverhältnissen ein. Das
365 Regelarbeitsverhältnis soll ein unbefristetes sein. Mindest- und Niedriglohnarbeitsverhältnisse
366 müssen kritisch begleitet und ggf. überprüft werden. Die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse
367 mit geringen Löhnen und die der Minijobs sind weiter am Ansteigen. Dem muss entgegen
368 gewirkt werden.

369 Die Tarifautonomie hat im Grundsatz Vorrang vor staatlichen Regelungen. Die CDU hat sich auf
370 ihrem Leipziger Parteitag 2011 für flexible Lohnuntergrenzen ausgesprochen, sich dann aber in
371 den Koalitionsverhandlungen mit der SPD 2014 auf einen gesetzlichen Mindestlohn geeinigt.
372 Die CDU sieht es nun als ihre Aufgabe an, die vom SPD-geführten Arbeitsministerium
373 erarbeiteten Umsetzungsvorschriften im Hinblick auf Bürokratiekosten und Arbeitsplatzverlust
374 kritisch zu begleiten.

375 Fordern und fördern bleibt ein Grundsatz unserer Arbeitsmarktpolitik. Vor allem junge
376 Menschen, die noch nicht den Weg in die Arbeitswelt gefunden haben und Langzeitarbeitslose
377 müssen mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen begleitet werden.

378 Seit 2005 ist die Zahl der Arbeitslosen in etwa halbiert worden. Neben der Sicherung dieses
379 bedeutsamen Erfolges müssen mehr Perspektiven und stabile Arbeitsplätze für jene in den
380 Mittelpunkt rücken, die auf dem Arbeitsmarkt bislang keine oder keine allein ausreichende
381 Grundlage für den Einkommenserwerb gefunden haben. Nötig bleibt ein sozialer Arbeitsmarkt
382 vorzugsweise in kommunaler Verantwortung, um diesem Personenkreis gerecht zu werden.

383 Der Schutz der Gesundheit am Arbeitsplatz hat einen hohen Stellenwert. Dies gilt auch für die
384 Verhinderung von Mobbing und entspricht sozialer Verantwortung im Arbeitsleben. Inklusion
385 ist auch im Arbeitsleben möglich. Die Idee der Inklusion kann zumeist aber nur dann umgesetzt
386 werden, wenn die Gesellschaft bereit ist, Inklusion auch zu bezahlen.

387 Privatisierungen sind nach angemessener Zeit auf ihre Auswirkungen zu überprüfen.

388

389 *f. Aktiv im Alter*

390 Es muss eine berufliche Lebensplanung möglich sein, die es erlaubt, auch im höheren
391 Lebensalter einen den Fähigkeiten und Möglichkeiten entsprechenden Arbeitsplatz zu finden.
392 Arbeitnehmer und Arbeitgeber sollen flexibler entscheiden können, auch jenseits der
393 gesetzlichen Altersgrenzen arbeiten zu können. Daher unterstützt die CDU Schleswig-Holstein
394 die Initiative der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung und der Bundestagsfraktion für
395 einen flexiblen Renteneintritt.

396 Ausreichendes Einkommen bzw. Entlohnung und die daraus mögliche finanzielle Vorsorge ist
397 deshalb der beste Schutz vor Altersarmut. Altersarmut ist ein ernstzunehmendes Problem. Eine
398 Stärkung der Erwerbsminderungsrente und eine Flexibilisierung des Renteneintrittsalters
399 liefern Bausteine hierzu.

400 Mit einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit sollte einhergehen, dass mehr Arbeitsplätze zur
401 Verfügung stehen, die auf die spezifischen Bedürfnisse älterer Menschen zugeschnitten sind.
402 Altersgerechte Gestaltung der Arbeitswelt begünstigt die volle Nutzung des
403 Leistungspotentials der Menschen während des gesamten Arbeitslebens, die bessere Erhaltung
404 der Gesundheit, die Erhöhung der Zufriedenheit durch Vermeidung von Über- und
405 Unterforderung und reduziert das vorzeitige Ausscheiden aus dem Arbeitsleben.
406 Lebensalterszeitkonten sind ein geeignetes Instrumentarium.

407 Da die einzelnen Betriebe häufig so spezialisiert sind, dass Arbeitsplätze für alle Mitarbeiter
408 nicht in geeigneter Form angeboten werden können, sind hier gegebenenfalls überbetriebliche
409 Ansätze zu entwickeln.

410 *g. Ehrenamt*

411 Das Ehrenamt muss gestärkt, nicht geschwächt werden. Wohlklingende Worte reichen nicht. In
412 den steuerlichen Handhabungen für ehrenamtlich Tätige muss es Veränderungen geben. Sie
413 sind zu kompliziert geworden. Aufwandsentschädigungen sind kein Lohn oder Einkommen. Sie
414 sind auch kein Motiv für ehrenamtliches Engagement, aber ihre Größenordnung muss
415 angemessen sein. Mit manchen jetzigen Regelungen und Auslegungen wird weniger motiviert
416 als demotiviert.

417 Auch wenn es noch vielfaches ehrenamtliches Engagement gibt, so ist festzustellen, dass die
418 zeitlichen Möglichkeiten, aber auch die Bereitschaft zur Ausübung eines Ehrenamtes geringer
419 werden. Dies ist auch für die CDU ein Thema. Es berührt zudem den Kontakt seitens der CDU in
420 gesellschaftliche Bereiche nicht unwesentlich. Einst war das Ehrenamt eine „Domäne“ der CDU
421 in Schleswig-Holstein. Probleme und Entwicklungen „bekommt die Partei nicht mehr so mit“,
422 wie dies früher der Fall war. Die Bereitschaft zur Wahrnehmung ehrenamtlicher Tätigkeit steigt
423 meist bei Bürgern, wenn es um konkrete Projekte geht und diese zeitlich begrenzt sind. Hier
424 könnte ein Ansatz liegen, um stärker zu ehrenamtlicher Arbeit zu motivieren.

425 Die Unterstützung und positive Begleitung des Ehrenamtes sind von großer Bedeutung.
426 Ehrenamt trägt gewichtig dazu bei, den Staat zu entlasten. Es ist nicht nur durch anerkennende
427 Worte und Urkunden zu belohnen. Notwendig ist der Abbau bürokratischer Hemmnisse, wie
428 z.B. Nachweispflichten. Ehrenamtlich Tätige müssen beispielsweise auch bei der Bewältigung
429 von Rechtsfragen entlastet werden.

430

431 2) INNERE SICHERHEIT, DATENSCHUTZ, BÜRGERRECHTE

432 Welche Sicherheitsbedürfnisse werden die Menschen in Schleswig-Holstein in den nächsten
433 zehn Jahren an das Land stellen? Durch steigende Mobilität auf unseren Landwegen, See- und
434 Wasserstraßen mit der dadurch zunehmenden internationalen Brückenfunktion werden sich die
435 Sicherheits Herausforderungen für Schleswig-Holstein stark verändern.

436 Objektive Sicherheit zu schaffen, ist vor dem Anspruch auf ein staatliches Gewaltmonopol
437 oberste Verpflichtung des Staates. Dieses muss dann auch effektiv ausgeübt werden, um
438 akzeptiert zu werden. Ein Ziel der CDU muss sein, die Aufklärungsquoten zu erhöhen,
439 Kriminalität nicht zu bagatellisieren und die Strafverfolgung und Bearbeitung auch durch eine
440 adäquate Ausstattung der Justizbehörden zu beschleunigen.

441 Die CDU ist und bleibt die Partei, die für die Innere Sicherheit steht. Die Entwicklung auf
442 diesem Sektor in Schleswig-Holstein gibt zu erheblicher Besorgnis Anlass. Dem Willen der
443 Landesregierung, mehr als 120 Planstellen abzubauen, Polizeistationen zu schließen und
444 „einfache“ Delikte gar nicht erst mehr operativ von Polizeibeamten bearbeiten zu lassen, tritt
445 die CDU Schleswig-Holstein entschieden entgegen. Sie hält einen Planstellenabbau bei der
446 Polizei nicht für vertretbar. Ortsnahe Polizeistationen sind nach wie vor die beste Gewähr für
447 eine effektive Präventions- und Aufklärungsarbeit der Polizei. Eine gute Orts- und
448 Personenkenntnis sind dafür unverzichtbar.

449 Nicht nur der NSA-Skandal hat deutlich gemacht, dass dem Schutz der Bürger vor unzulässigen
450 oder überzogenen Eingriffen des Staates eine hohe Bedeutung zukommt. Datenschutz und
451 Sicherung/Stärkung der Bürgerrechte müssen für die CDU einen höheren Stellenwert als
452 bislang haben.

453 Innere Sicherheit ist eine zentrale Aufgabe des Staates und muss den Bürgern bestmöglichen
454 Schutz geben. Der Staat hat aber auch gegenüber seinen Polizeibeamten eine besondere
455 fürsorgliche Verpflichtung. Die CDU will eine Polizei, die als Partner der Bürgerinnen und
456 Bürger in allen Regionen Schleswig-Holsteins spür- und sichtbar bleibt. Die Menschen müssen
457 das subjektive Empfinden haben, in einem sicheren Lebensumfeld zu leben. Die CDU
458 unterstützt darum sicherheitsfördernde Instrumente wie z.B. Videoüberwachung im
459 öffentlichen Raum. Auch muss eine Kombination von sozialpolitischen Maßnahmen und
460 ordnungsrechtlichen Maßnahmen - ggf. durch neue Rechtsgrundlagen – ermöglicht werden.

461 Die Ausstattung der Polizei muss mit den Anforderungen an ihre Arbeit einhergehen. Bei der
462 Sicherheit darf nicht gespart werden. Die Präsenz der Polizei in der Fläche und in den
463 Stadtteilen darf nicht geschwächt werden.

464 Die Bearbeitung von „einfachen“ Deliktsanzeigen muss weiter durch Polizei und Kripo erfolgen.
465 Die meist (selbstverständliche) Einstellung von Verfahren wie Diebstählen und Einbrüchen
466 nehmen wir nicht weiter hin.

467 Jeglicher Form von Kriminalität – ob in der realen Welt oder im Netz – müssen wir konsequent,
468 frühzeitig und gemeinsam begegnen. Die CDU muss für die Beseitigung – auch empfundener –
469 rechtsfreier Räume eintreten. Nach wie vor handeln die Täter überwiegend regional und
470 deswegen wollen wir die „Bündnisse für Sicherheit“ in den Kreisen und kreisfreien Städten
471 ausbauen. Diese entwickeln auf der Basis von verlässlichen Dialog- und
472 Entscheidungsstrukturen gemeinsame Maßnahmenbündel der Prävention und Intervention für
473 mehr Sicherheit. Der Kampf gegen die Organisierte Kriminalität (OK) muss verstärkt werden.
474 Dies könnte auch eine Aufgabe des Verfassungsschutzes sein.

475 Dabei wird es zunehmend eine engere Verzahnung zwischen Themenfeldern der inneren
476 Sicherheit und sozialen Sicherheit im Sinne der Einbeziehung der sozialen Lebensumstände der
477 Menschen geben. Unsere besondere Verantwortung gilt den jungen und den älteren Menschen
478 in unserem Land. Durch den Auf- und Ausbau eines Frühwarnsystems auf regionaler Ebene –
479 orientiert an den Entwicklungsstufen der Kinder und Jugendlichen – wollen wir das Abgleiten in
480 Kriminalität und Extremismus frühzeitig verhindern.

481 In unserer älter werdenden Gesellschaft wollen wir ein soziales Hilfsnetzwerk aufbauen, damit
482 die Menschen in unserem Land in Sicherheit und Würde älter werden können. Mit dem
483 Grundsatzpapier des CDU-Landesfachausschusses „Mit Sicherheit in die Zukunft – besser leben

484 in Schleswig-Holstein“ werden wir einen breiten Dialog sowohl mit unserer Parteibasis als auch
485 mit den Menschen in unserem Land führen. Denn Sicherheit geht uns alle an.

486 Das von der CDU-Landtagsfraktion im Juni 2011 verabschiedete 10-Punkte-Programm im
487 Umgang mit jugendlichen Intensiv- und Gewalttätern wollen wir in Regierungsverantwortung
488 umsetzen. Dazu zählen: Jugendarrest, Strafe muss schnell erfolgen, konzeptionelle Grundsätze
489 sind Prävention und Sanktion, das Erwachsenenstrafrecht darf bei 18 - 21-jährigen nicht die
490 Ausnahme sein.

491 Verwaltungsbescheide sind in einer verständlichen Sprache zu erteilen. Der Abbau von
492 Bürokratie und die Stärkung von Rechten der Bürger müssen zunächst bei der Vielzahl der
493 Vorschriften ansetzen, da dort Bürokratie entsteht.

494 Bürger sollten die Möglichkeit haben, einfache Steuererklärungen direkt im Finanzamt abgeben
495 und sogleich erledigen zu können.

496 Zeitiges Eingehen auf berechtigte Anliegen kann Verwaltungsarbeit vermeiden. In Ministerien
497 und Behörden sollte ein Mitarbeiter direkt für Bürger ansprechbar sein.

498

499 3) HAUSHALT UND FINANZEN, KOMMUNEN, WIRTSCHAFT, UMWELT, ENERGIE

500 Richtschnur unserer Finanzpolitik ist: Jede Generation muss die vor ihr liegenden Aufgaben
501 grundsätzlich aus eigener Kraft bewältigen. Eine Politik der Verschuldung zu Lasten künftiger
502 Generationen lehnen wir ab. Nur so können unsere Kinder und Kindeskindern ihre Zukunft nach
503 ihren Vorstellungen gestalten. Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass noch nie mehr
504 Mittel für Bildung und Soziales zur Verfügung standen.

505 Schleswig-Holstein ist mit der Einführung der Schuldenbremse seiner aktuellen, aber auch
506 seiner Generationenverantwortung gerecht geworden. Sie ist ein Ergebnis der erfolgreichen
507 Konsolidierungspolitik der CDU. Die derzeitige rot-grün-blaue Landesregierung verlässt diesen
508 Weg.

509 Deshalb wird die CDU sich dafür einsetzen, dass der 2010 eingeschlagene Konsolidierungskurs
510 konsequent fortgesetzt wird. Die auf Initiative der CDU in die Landesverfassung
511 aufgenommene Schuldenbremse legt fest, dass Schleswig-Holstein ab 2020 nur noch so viel
512 Geld ausgeben darf, wie das Land einnimmt. Um dieses Ziel zu erreichen, muss das strukturelle
513 Haushaltsdefizit jedes Jahr um 10 Prozent reduziert werden. Auch das gibt die Schuldenbremse
514 vor. Diese Verfassungsnorm bindet alle Landesparlamente. Spätestens ab 2020 wird die CDU
515 darauf dringen, den bis dahin voraussichtlich auf über 30 Milliarden Euro angewachsenen
516 Schuldenberg zu tilgen. Bis dahin ist es noch ein langer Weg. Die Einnahmen müssen durch die
517 Steigerung der Attraktivität Schleswig-Holsteins und ein investitionsfreundliches Klima
518 verbessert werden, die Ausgaben konsequent den Einnahmen angepasst werden.
519 Förderprogramme sollten konzentriert werden. Weitere Einsparpotentiale gilt es bei den
520 Personalausgaben auszuschöpfen. Staatliches Handeln ist auf die Kernaufgaben des Staates zu
521 beschränken.

522 Zudem sollte die doppische Buchführung im Landeshaushalt eingeführt werden und
523 Rückstellungen für kommenden Personal- und Versorgungsverpflichtungen geschaffen werden.
524 In Form eines Staatsvertrages von Bund und Ländern mit einem verbindlichen Tilgungsplan
525 über die nächsten 50 Jahre sollte ein gemeinsamer Altschuldenpakt eingeführt werden.

526 Zur Diskussion um die Generationenverantwortung gehört allerdings auch, dass noch nie so
527 hohe Unterstützungen/Förderungen für Kindertagesstätten, Schulen, Ausbildung und andere
528 Hilfen wie in dieser Zeit geleistet wurden.

529 Schuldenbremse darf aber auch nicht bedeuten, politische Gestaltungsdiskussionen gar nicht
530 erst mehr zu führen. Dies gilt besonders auch im kommunalen Bereich.

531 Dazu zählen die Kosten für Verwaltungsarbeit, aber auch die Fragestellung, wo gesetzliche
532 Regelungen, Erlasse, Satzungen u. a. wirklich notwendig sind. Zu starke Bürokratie kann in
533 unterschiedlichen Ursachen begründet sein. Diese herauszuarbeiten und in konkretes Handeln
534 mit dem Ziel von Veränderungen zu bringen, ist eine künftige Aufgabe.

535 Unser Land braucht ebenso sehr leistungsfähige und finanziell gesunde Kommunen. Es ist die
536 Aufgabe des Landes, die Kommunen finanziell so auszustatten, dass sie ihre Aufgaben erfüllen
537 können, ohne sich selbst zu verschulden. Deshalb brauchen wir eine vernünftige Reform des
538 Finanzausgleichsgesetzes. Nicht die kommunalen Ausgaben, sondern vorrangig die
539 kommunalen Aufgaben müssen Gegenstand einer gründlichen Analyse sein. EU, Bund und Land
540 sind aufgefordert, ihre Vorgaben auf den Prüfstand zu stellen. Die großen Städte müssen besser
541 mit Finanzmitteln ausgestattet werden, aber nicht zu Lasten der Kreise und Gemeinden. Der
542 jährliche Eingriff in den Finanzausgleich in Höhe von 120 Millionen Euro darf nicht länger
543 fortgeführt werden.

544 Der Bund hat in der Vergangenheit viel für die finanzielle Entlastung von Land und Kommunen
545 getan und wird aufgefordert, diesen Weg auch in Zukunft weiter zu gehen (z.B. Finanzierung
546 des BAföG, höhere Bundesbeteiligung für Kosten der Unterkunft, Zunahme des kommunalen
547 Anteils an der Umsatzsteuer, finanzielle Entlastungen für den Ausbau der Kinderbetreuung).
548 Wir werden dafür sorgen, dass die Entlastungen auch zweckgebunden eingesetzt werden.

549 In der Steuerpolitik ist der Abbau der „Kalten Progression“ die derzeit wichtigste Maßnahme,
550 um mehr Steuer- und Leistungsgerechtigkeit zu erlangen.

551 Der staatliche Eingriff in das Finanz- und Bankenwesen ist dort gerechtfertigt und nötig, wo es
552 um den Schutz des wirtschaftlichen Gesamtsystems geht und damit um die Interessen der
553 einzelnen Menschen.

554 Die CDU Schleswig-Holstein ist eine Volkspartei, die beste Voraussetzungen für eine
555 erfolgreiche und solide wirtschaftliche Lage in unserem Land schaffen will. Ein Erfordernis dafür
556 ist die gute Mobilität der Menschen und Unternehmen in Schleswig-Holstein. Wir brauchen
557 eine gute Infrastruktur, die sich den wachsenden Anforderungen des Verkehrs auf Straße,
558 Wasser sowie Schiene und im Breitband- und Datenschutzbereich anpasst. Die Union steht für
559 nachhaltige Politik im Einklang von Umwelt und wirtschaftlichen Erfordernissen.

560 Im wirtschaftlichen Bereich sollte die CDU ein besonderes Augenmerk auf die klein- und
561 mittelständische Wirtschaft legen. Die Sorgen inhabergeführter Betriebe sind zum Teil anders
562 als die von Konzernen.

563 Zu den Kernkompetenzen der CDU gehört seit jeher auch die Versöhnung von Ökonomie und
564 Ökologie. Unter der Regierung der CDU wurde das Wattenmeer erst Naturschutzgebiet, dann
565 Weltnaturerbe. Wir haben für die europakonforme Anmeldung von europäischen
566 Schutzgebieten nach der Flora-Fauna-Habitat- und Vogelschutzrichtlinie gesorgt und mit dem
567 landwirtschaftlichen Vertragsnaturschutz, den Ökopunkte-Konten und der Projektförderung im

568 Naturschutz den Weg für eine moderne Umweltpolitik mit den Menschen geebnet. Gleichzeitig
569 ist für uns aber auch die Unterstützung heimischer, familiengeführter Landwirtschaft mit ihren
570 qualitativ hochwertig produzierten Lebensmitteln ein Kernanliegen. Nachhaltig erzeugte
571 Nahrungsmittel und Naturschutz sind in einer Kulturlandschaft wie der schleswig-
572 holsteinischen zwei Seiten eine Medaille. Nur, wo eine saubere und intakte Natur herrscht, kann
573 mittelständische Landwirtschaft erfolgreich sein und nur wo mittelständische Landwirtschaft
574 nachhaltig wirtschaftet, kann Kulturlandschaft erhalten werden.

575 Die Position der CDU im Land und der CDU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag
576 gewährleistet einen stärkeren Schutz vor Fracking als die Anträge der schleswig-holsteinischen
577 Landesregierung im Bundesrat in den vergangenen Jahren.

578 Die Energiekosten der kommenden Jahre werden eine Herausforderung für die Unternehmen
579 und Privathaushalte bleiben. Die Energiepolitik hat sich an den Eckpfeilern von Energie zu
580 bezahlbaren Preisen, ein Höchstmaß an Einsatz neuester technologischer Möglichkeiten sowie
581 eine hochgradig Ressourcen schonende Nutzung zu orientieren. Gewinnorientierung ist nicht
582 das alleinige Gebot. Umwelt und Natur müssen möglichst weitgehend mit der Energiepolitik in
583 Einklang stehen.

584 Technologische Entwicklung und Förderung der Erdwärme und Solartechnik und Wasserkraft
585 müssen vorangetrieben werden. Effiziente Einlagerungssysteme und Speichertechnologien
586 sollten weiterentwickelt werden, um Erzeugung und Verbrauch besser aufeinander
587 abzustimmen. Hierzu gehören beispielsweise Pumpspeicherwerke oder Hybridspeicher.
588 Erneuerbare Energieträger müssen dezentral ausgebaut werden. Nachwachsende Energieträger
589 dürfen nicht Vorrang vor der Verwendung als Nahrungsmittel haben (Getreide, Rapsöl). Die
590 Effizienz der Windenergie muss gesteigert (Repowering) und die bedarfsgerechte Nutzung
591 durch Speichersysteme ermöglicht werden. Produktionsprozessen und private Nutzung müssen
592 an temporäre Stromerzeugung angepasst werden. Entwicklung und Verbesserung von
593 Energiespartechnologien (z.B. Standby-Verbrauch minimieren, Glühlampen ersetzen) müssen
594 stärker betrieben werden.

595 Kommunen sollen ihre Möglichkeiten und ihre führende Rolle einer ergänzenden dezentralen
596 Versorgung ausschöpfen (Fernwärme, Blockheizkraftwerke mit Kraft-Wärmekopplung).

597 Die Ausweisung von 1,5 Prozent der Landesfläche für erneuerbare Energien schon 2010 im
598 Rahmen der Ausweisung des bis 2025 geltenden neuen Landesentwicklungsplanes war und
599 bleibt richtungweisend. Dies ist ein vernünftiger Kompromiss zwischen Energieanforderungen
600 und dem Landschafts- und Naturschutz. Nach dem Urteil des OVG ist die Regionalplanung
601 rechtssicher zu überarbeiten. Dafür gilt: Wir wollen den energiewirtschaftlich sinnvollen Ausbau
602 der Windkraft vorantreiben und setzen dabei auf die Zustimmung in der Bevölkerung.